

Einleitung

Wenn man Deutsche darauf aufmerksam macht, daß die Jugoslawen nach den Türken die zweitgrößte Gruppe von Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik Deutschland darstellen, wird dies häufig mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Es zeigt, daß die Jugoslawen im öffentlichen Bewußtsein als Migrantengruppe kaum wahrgenommen werden. Sie gelten als „leicht integrierbar“ und „unproblematisch“ und auch die Migrantenforschung in der Bundesrepublik hat sich – vielleicht aus diesem Grunde – relativ wenig mit dieser Gruppe beschäftigt.¹

Wir erleben heute, daß Jugoslawien durch das Aufbrechen alter nationaler Antagonismen erschüttert wird. Diese Antagonismen wirken sich auch auf die im Ausland lebenden Jugoslawen aus und berühren so auch unser Forschungsgebiet – die interkulturelle Erziehung und die Zweisprachigkeit der jugoslawischen Kinder. Es besteht die Gefahr, daß sich die politischen Konflikte und Veränderungen innerhalb Jugoslawiens für die bei uns lebenden jugoslawischen Kinder negativ auswirken: Wenn bestehende und funktionierende Strukturen der Organisation von Muttersprachlichem Unterricht zu zerfallen drohen, wenn Kinder, die den Konflikten in der Heimat nicht ausgesetzt sind, von heute auf morgen von nationalen und ethnischen Vorurteilen infiziert werden, wenn gemeinsames Lernen von denjenigen, die schon erkennbare Gemeinsamkeiten haben, abgelehnt wird, dann stellt sich auch die Frage nach den realen Möglichkeiten interkultureller Erziehung.

Deswegen befassen sich die vorliegenden Aufsätze mit einer Ausnahme (Baur) nicht mit Fragestellungen, die sich ausschließlich auf die jugoslawische Migration oder jugoslawische Probleme beziehen, sondern sie behandeln Fragen auf, die für eine interkulturelle und zweisprachige Erziehung generell von Bedeutung sind.

Ursula Boos-Nünning gibt einen Überblick über zwei Jahrzehnte Ausländerforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie stellt u. a. fest, daß die Forschungen, die in den Herkunftsländern selbst betrieben werden, in der Bundesrepublik kaum rezipiert werden und daß gemeinsame Forschungsprojekte zwischen ForscherInnen aus den Herkunftsländern und der Bundesrepublik offensichtlich äußerst selten sind – Feststellungen, die für uns programmatischen Charakter haben. Marianne Krüger-Potratz plädiert im Kontext eines zusammenwachsenden Europas für schulische Reformmaßnahmen, die den nationalstaatlichen Charakter von Schule überwinden helfen und auch Migrantenkinder zu besseren Bildungschancen verhelfen. – Ziele einer interkulturellen Erziehung, die aus soziologischen Handlungstheorien abgeleitet werden, stellt Wolfgang Nieke in seinem Beitrag vor. Ingelore Oomen-Welke zeigt, wie interkulturelles Lernen in der Praxis von Wahrnehmungsstereotypen und Handlungsrouninen der Lehrenden beeinträchtigt wird, die nur durch eine kleinschrittige Analyse aufgedeckt werden können. Ihre Darstellung zwingt zu Mißtrauen gegenüber Berichten aus der interkulturellen Praxis, die allzu perfekt ablaufen.

Im zweiten Teil des Sammelbandes stehen Fragen des Muttersprachlichen Unterrichts für ausländische Kinder im Vordergrund. Eike Thürmann gibt einen Überblick über die Situation des „Faches“ und weist darauf hin, welche Probleme gelöst werden müssen, wenn der Muttersprachliche Unterricht eine Stellung in der schulischen Ausbildung erhalten und verbessern soll. Rupprecht S. Baur und Gregor Meder stellen Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum Verhältnis von Muttersprache und Zweitsprache Deutsch bei jugoslawischen und türkischen Schulkindern vor. Die Untersuchung kann als Bestätigung der Interdependenzhypothese gewertet werden, derzufolge Fähigkeiten in der Muttersprache und Zweitsprache miteinander korrelieren. – Rupprecht S. Baur geht zum

Abschluß dieses Kapitels auf die kulturellen und politischen Hintergründe der sprachlichen Konflikte zwischen Serben und Kroaten ein und formuliert Empfehlungen für die Planung und Durchführung des Muttersprachlichen Unterrichts für Jugoslawen unter den sich verändernden politischen Bedingungen.

Der dritte thematische Block wendet sich historischen Aspekten der Migration zu. Georg Hansen legt dar, mit welchen Mitteln der preußische Staat bis zum 2. Weltkrieg die Germanisierung der Polen im Ruhrgebiet betrieb. Der Blick in die Geschichte zeigt, daß das ideologische und juristische Erbe der Germanisierungspolitik auch heute fortlebt. Der abschließende Beitrag von Othmar Nikola Haberl enthält in dem Faktum der Vorenthaltung politischer Rechte für Ausländer, die zwar auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland leben, aber nicht „deutsch“ sind, deutliche Hinweise auf diese Kontinuität. Haberls Analysen legen nahe, daß sowohl die Entsendeländer als auch die Bundesrepublik Deutschland ihre ideologisch motivierte „offizielle“ Politik gegenüber den Migranten revidieren müssen.

Rupprecht S. Baur / Vlatko Previsić

Anmerkungen

¹ Vgl. hierzu die Beiträge von Baur / Meder und Boos-Nünning in diesem Band.